

Jäher Tod vor dem Abschied aus der Politik

Thomas Oppermann wollte sich mit der Wahl 2021 aus dem Bundestag zurückziehen. Er freute sich auf die Zeit danach. Der jähe Tod des SPD-Politikers bestürzt nicht nur seine eigene Partei.

VON STEFAN VETTER

Berlin – Er wirkte stets fit wie ein Turnschuh. Auf seinen politischen Sommerreisen lud Thomas Oppermann Journalisten regelmäßig in seine Harzer Heimat zur Wanderung auf den Brocken ein. Die 1141 Meter kann man auch ganz bequem mit einer Schmalspurbahn bezwingen. Aber das war nicht Oppermanns Ding. In Sportkleidung stürmte der Sozialdemokrat nach oben und schien sich darüber zu amüsieren, wenn deutlich jüngere Medienvertreter kaum hinterherkamen.

Oppermann wollte immer hoch hinaus. Ein Genosse mit großem Ehrgeiz. Zunächst in der niedersächsischen Landespolitik. 1998 machte ihn Gerhard Schröder zum Wissenschaftsminister in Hannover. Da war Oppermann 43 Jahre alt. Als Schröder die Bundestagswahl gewann, wäre der Landesminister gern Ministerpräsident geworden. Aber es sollte nicht sein. Neuer Versuch: die Bundespolitik.

2005 kandidierte Oppermann erstmals für den Bundestag und gewann auf Anhieb das Direktmandat in Göttingen. Das wiederholte er drei Mal. Eine echte Erfolgsgeschichte. Aber „einfacher Abgeordneter“ wäre für Oppermann nichts gewesen.



Ein Bundestagsvizepräsident, der noch viel vorhatte: Thomas Oppermann verstarb im Alter von 66 Jahren.

FOTO: DPA

Der plötzliche Herztod: Mediziner erklären die Hintergründe

Mitten aus dem Leben gerissen – allein in Deutschland teilen jedes Jahr zehntausende Menschen dieses Schicksal, brechen scheinbar wie aus dem Nichts zusammen. „Das Tragische ist: Viele der Opfer könnten gerettet werden, wenn ihre meistens unentdeckten Grunderkrankungen rechtzeitig enttarnt würden“, analysiert der Münchner Kardiologe Professor Volker Klaus. Ursachen gibt es mehrere. Der **plötzliche Herztod** sei „die mit Abstand häufigste überraschende Todesursache“, erklärt Klaus. Dieser Notfall trifft jährlich 65 000 Bun-

desbürger, nur etwa 5000 können durch Wiederbelebensmaßnahmen gerettet werden. „Unmittelbar eingeleitet wird der plötzliche Herztod überwiegend durch Kammerflimmern, das das Herz von einer Sekunde auf die andere komplett aus dem Takt bringt. Das Herz hört auf zu schlagen, der Blutdruck sinkt auf null“, erläutert Prof. Dietrich Andresen, Vorstandschef der Deutschen Herzstiftung. „Der Patient verspürt nach vier Sekunden eine Leere im Kopf. Nach acht Sekunden bricht er bewusstlos zusammen. Nach zwei bis drei Minuten hört er

auf zu atmen. Nach zehn Minuten sind Wiederbelebensmaßnahmen in aller Regel erfolglos.“ Drei von vier Opfern hatten eine Koronare Herzerkrankung – eine Verengung der Herzkranzgefäße. Risikofaktoren dafür sind Bluthochdruck, Diabetes, Fettstoffwechselstörungen, eine ungünstige genetische Veranlagung sowie ungesunder Lebensstil, darunter Rauchen und Übergewicht. Gefährdet seien allerdings auch Patienten mit Herzmuskelerkrankungen, seltenen Herzklappenerkrankungen oder angeborenen Herzfehlern. **ANDREAS BEEZ**

Erdogan ruft zum Boykott auf

„Ihr seid Faschisten“ – Streit mit Macron eskaliert weiter

Ankara/Paris – Im Streit um Karikaturen des Propheten Mohammed hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron den Zorn aus Teilen der muslimischen Welt auf sich gezogen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan rief zum Boykott französischer Waren auf. Zudem warf er europäischen Politikern Islamfeindlichkeit vor. „Ihr seid im wahrsten Sinne des Wortes Faschisten“, sagte er. „Die Muslime erleben heute eine ähnliche Lynchkampagne, wie sie gegen Juden in Europa zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg geführt wurde.“

Zuvor hatte Erdogan bereits Zweifel an Macrons geistiger Gesundheit angemeldet. In einem beispiellosen Schritt rief Paris aus Protest seinen Bot-



Emmanuel Macron
Frankreichs Präsident

schafter aus Ankara zurück. Bundesaußenminister Heiko Maas sprach nach den Kommentaren Erdogans von einem „neuen Tiefpunkt“.

Hintergrund des Streits sind Aussagen Macrons über Meinungsfreiheit und das Veröffentlichen von Karikaturen. Frankreich werde nicht „auf Karikaturen und Zeichnungen verzichten, auch wenn andere sich davon zu-

rückziehen“, hatte er bei einer Gedenkfeier zu Ehren des von einem Islamisten enthauppteten Samuel Paty gesagt. Der Lehrer hatte Mohammed-Karikaturen als Beispiel für Meinungsfreiheit im Unterricht gezeigt.

Regierungen der muslimisch geprägten Länder Jordanien, Marokko, Katar, Kuwait und Pakistan kritisierten Macrons Äußerungen. Zuvor hatten bereits einige Händler französische Waren aus ihren Filialen entfernt. Der größte französische Wirtschaftsverband Medef stellte sich hinter Paris. Man werde der Erpressung nicht nachgeben, sagte Medef-Chef Geoffroy Roux de Bézieux dem Fernsehsender BFMTV. Prinzipien seien jetzt wichtiger als Geschäfte.

Opposition verschärft Gangart

Belarus: Generalstreik und neue Proteste gegen Lukaschenko



Svetlana Tichanowskaja
Oppositionsführerin

Minsk – In Belarus ist ein landesweiter Generalstreik angegangen, mit dem die Opposition den Druck auf den autoritär herrschenden Präsidenten Alexander Lukaschenko erhöhen will.

Während große Geschäfte und Apotheken in Minsk geschlossen waren, blieben am Montag viele kleine Läden geschlossen, wie ein Reporter der Nachrichtenagentur AFP berichtete. Neben Angestellten gingen aus Solidarität auch tausende Studenten und Rentner auf die Straße. Am Sonntag war eine Frist abgelaufen, die die Oppositionspolitikerin Svetlana Tichanowskaja dem Staatschef für dessen Rücktritt gesetzt hatte. „Heute beginnt der Streik des Volkes“, erklärte Tichanowskaja im Messenger-Dienst Telegram. Beschäftigte in staatlichen Unternehmen und Fabriken, Mitarbeiter von Verkehrsunternehmen und Bergleute, Lehrer und Studenten nahmen an dem Streik teil, erklärte Tichanowskaja, ohne Angaben zur Zahl der Teilnehmer zu machen.

Sie lobte das „unglaubliche Maß an Solidarität“ und ver-

sprach, dass die Streiks fortgesetzt würden. Am Abend dankte Tichanowskaja allen Teilnehmenden: „Wir haben die Angst endgültig überwunden, dass das Regime den Protest unterdrücken kann“, schrieb sie auf Telegram. Die Oppositionspolitikerin rief auch Angestellte in der Privatwirtschaft, Geistliche und Sportler auf, sich dem Streik anzuschließen.

In den Online-Netzwerken veröffentlichten Oppositionsmedien Videos, die zahlreiche junge Menschen zeigen, die sich vor Universitäten versammelten oder Sitzstreiks abhielten. Mehrere Kundgebungen wurden von der Polizei aufgelöst. Es gab laut Menschenrechtsorganisation Wjasna 240 Festnahmen.

Trumps Truppenabzug kommt noch nicht in Gang

Kurz vor dem Wahltermin hat das Manöver nicht begonnen – Bayern wäre besonders hart davon betroffen

Berlin – Der geplante Abzug von etwa einem Drittel der US-Soldaten aus Deutschland hat auch mehr als vier Monate nach der Ankündigung durch US-Präsident Donald Trump noch nicht begonnen. Die Kommandozone für die US-Streitkräfte in Europa (Eucom) in Stuttgart teilt mit, dass die Vorbereitung noch Zeit brauche. „Die Planung erfolgt auf den höchsten Ebenen und berücksichtigt zahlreiche Überlegungen. Dies wird einige Zeit dauern“, heißt es in der schriftlichen Antwort. Die Soldaten würden auf dem Laufenden gehalten. Man wolle aktuell „nicht über Zeitpläne spekulieren“.

Auch der Koordinator der Bundesregierung für die transatlantischen Beziehun-

gen, Peter Beyer (CDU), bestätigt, dass der Abmarsch noch nicht begonnen hat. „Die US-Army in Deutschland hat nach meiner Kenntnis bisher noch keine konkreten Befehle bezüglich der detaillierten Umsetzung der Truppenreduzierung erhalten“, sagte er.

Ursprünglich war erwartet worden, dass zumindest die ersten Soldaten noch vor der US-Präsidentenwahl am 3. November abgezogen werden. Trump hatte den Abzug eines großen Teils der rund 36 000 US-Soldaten in Deutschland am 15. Juni angekündigt und ihn mit den aus seiner Sicht zu geringen Verteidigungsausgaben Deutschlands begründet.

Sechs Wochen später stellte Verteidigungsminister Mark Esper Details des Trup-



Mike Pompeo 2019 bei einem Besuch in Grafenwöhr. FOTO: DPA

penabzugs vor und machte dabei klar, dass die Pläne „so schnell wie möglich“ umgesetzt werden sollen. Die ersten Soldaten könnten „innerhalb von Wochen“ das Land verlassen. Daraus sind nun

schon Monate geworden. Insgesamt sollen 12 000 der 36 000 in Deutschland stationierten Soldaten abgezogen werden, also ein Drittel. Gut die Hälfte soll in die USA zurückgeholt werden, 5600 in

andere Nato-Länder verlegt werden. Drei Standorte in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz trifft es besonders hart.

Stuttgart: Die beiden Kommandozentren für die US-Truppen in Europa und Afrika sollen aus der baden-württembergischen Hauptstadt nach Mons in Belgien verlegt werden.

Vilseck: 4500 Soldaten sollen von dem bayerischen Standort am riesigen Truppenübungsplatz Grafenwöhr in der Oberpfalz nach Hause in die USA geholt werden.

Spangdahlem: Ein Geschwader mit etwa 20 F16-Kampfflugzeugen soll samt Besatzung, Mechanikern und Unterstützungskräften von dem Luftwaffenstützpunkt in der rheinland-pfälzischen Eifel

nach Italien verlegt werden. Auch in Berlin hatte man fest damit gerechnet, dass die ersten Schritte des Truppenabzugs vor der Wahl erfolgen. Allerdings wurde die Bundesregierung von Anfang an von den US-Verbündeten in die Planungen kaum einbezogen. Aber selbst wenn es schon einen groben oder konkreten Zeitplan für die ersten Abzugsschritte geben sollte, könnte er je nach Wahlausgang auch wieder über den Haufen geworfen werden. Darauf hofft man in Berlin für den Fall, dass Trump die Wahl verliert. „Da sehe ich bei einem Präsidenten Biden definitiv die Chance, dass diese Sache revidiert wird“, sagt der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Johann Wadepuhl. **MICHAEL FISCHER**

IN KÜRZE

Russische Angriffe in Idlib

Es ist der offene und bisher schwerste Bruch der geltenden Waffenruhe in Idlib: Bei russischen Luftangriffen im Nordwesten Syriens sind nach Angaben von Aktivisten mindestens 78 mit der Türkei verbündete Rebellen getötet worden. Rund 100 weitere seien bei den Bombardements eines Militärlagers verletzt worden, teilte die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Montag mit. Am Himmel waren russische Kampflugzeuge zu sehen.

Chilenen wollen neue Verfassung

30 Jahre nach Chiles Rückkehr zur Demokratie soll das südamerikanische Land eine neue Verfassung bekommen. Bei einem Referendum stimmten mehr als 78 Prozent der Wähler für die Ausarbeitung eines neuen Grundgesetzes, wie die Wahlbehörde am Montag nach Auszählung fast aller Stimmen mitteilte. „Dieses Plebiszit ist nicht das Ende, sondern der Beginn des Weges, den wir gehen müssen, um uns auf eine neue Verfassung zu einigen“, sagte Präsident Sebastián Piñera.

Maas begrüßt New Start-Gespräche

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat die Gespräche der USA und Russlands über eine Verlängerung des Abrüstungsabkommens New Start begrüßt. Er sei „zuversichtlich, dass es am Ende einen Weg geben wird, dieses wichtige Vertragswerk zu verlängern“, so Maas in Berlin.

Das Datum

27. Oktober 2000: In Israel wird zum ersten Mal in einem öffentlichen Konzert Musik von Richard Wagner gespielt; das Oberste Gericht hatte zuvor Klagen gegen die Aufführung des Symphonieorchesters von Rischon Lezion abgewiesen.

Die Lage

Aktuelle Zahlen zum Coronavirus

Stand: 26. Oktober 2020, 21.30 Uhr. In den letzten Tagen gab es bei den Datenmeldungen des RKI wiederholt Ungenauigkeiten und Korrekturen. Zudem gibt es Schwankungen zwischen den taggenauen RKI-Meldungen und unseren hier abgebildeten Zahlen, die sich bis zum jeweiligen Redaktionsschluss summieren.

Fälle gesamt	Neue Fälle	Tote
Weltweit		
43,36 Mio.	480 000	1 157 126
Genesene		29,1 Mio.
Deutschland		
443 189	12 985	10 074
Genesene		321 381
Auf Intensivstation		1362
davon beatmet		622
freie Intensivbetten		8403
Bayern		
91 697	1503	2744
Genesene		70 800
Oberbayern		
41 635	619	1069

* = bisher keine Daten
Quelle: LGL, Johns Hopkins University